

WOLFRAM ADOLPHI

## Bestandene Reifeprüfung – und nun erst recht ruft das Leben.

### Acht Notizen zum Schweriner Parteitag der PDS

*Erstens:*

Mit ihrem 5. Parteitag – einberufen für den 17. bis 19. Januar 1997 nach Schwerin – beschloß die PDS fast auf den Tag genau das siebente Jahr ihrer Existenz. Denn es war nicht ein Parteitag, sondern die parteitagslose, überaus spannende Mitte des Monats Januar im Jahre 1990, in der sich entschied, ob aus der SED-PDS des Dezember-Sonderparteitages tatsächlich eine PDS entstehen würde: Hart prallten in genau diesen Tagen die Befürworter einer vollständigen Auflösung der SED einerseits und die Beförderer der Idee eines Übergangs in eine neue Partei aufeinander. Die einen, die die vollständige Auflösung wollten, sahen den radikalen Erneuerungsgestus des Sonderparteitages bereits wieder aufgegeben, verfochten den Standpunkt, erst die restlose Selbstauflösung werde den Boden für die Entstehung neuer sozialistischer – und vielleicht auch kommunistischer – Parteien bereiten. Die anderen wollten das Neue nicht ohne das Alte tun, mißtrauten der Verlockung des vollständigen Neuanfangs, glaubten an die Möglichkeit gemeinsamen Lernens, Streitens – und an das Gewicht ihres bisherigen Tuns in der SED für ihr künftiges politisches Engagement. In Berlin wurden plötzlich kleine Parteibüros, deren Betreiber sich so etwas nie hätten träumen lassen, zu Koordinationspunkten landesweiter Politik. Gleich an mehreren Stellen – so auch in der Kreisleitung der SED-PDS der Humboldt-Universität und im Büro der Mitarbeiterinnen des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft Helga Adler und Sylvia-Yvonne Kaufmann – entstanden (bezeichnenderweise gänzlich unabhängig voneinander) Initiativen für DDR-weite Basistreffen, die in der ersten Februarwoche dann auch in die Tat umgesetzt wurden – als wichtige Grundlage dafür, daß es noch im Februar zum ersten PDS-Parteitag kommen konnte.

Mir standen diese Januar-Februar-Tage des Jahres 1990 vor Augen, als jetzt in Schwerin die Acht-Jahres-Begrenzung des Statuts für Parteifunktionen zur Debatte stand. Damals war diese Acht-Jahres-Frist, die heute viele als zu kurz empfinden, von einer großen Mehrheit als viel zu lang angesehen worden. Um zwei Jahre kreisten die Debatten, vielleicht auch um vier. Das hing mit dem Rückblick zusammen – von 1990 acht Jahre zurück, da kam man bis 1982, und was hatten diese acht Jahre an Stagnation, Vergeisung, Verknöcherung mit sich gebracht! –, aber auch mit Vorausschau: Wie sollte man, da doch schon der nächste Tag so

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dipl.-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist; Mitarbeiter der Redaktion UTOPIE kreativ.

gänzlich unüberschaubar war, je ins Jahr 1998 hineindenken können?

Nun aber sind wir fast dort, am Ende dieser acht Jahre. (Wobei – um sich dessen richtig und in Ruhe bewußt zu werden – der Schweriner Parteitag sich geeinigt hat, den Beginn der Acht-Jahre-Regelung auf das Jahr 1993 zu setzen.) Und wie gut, daß man sich 1990 nicht wirklich auf zwei Jahre festlegte! Denn von denen, die das Gesicht der PDS auf Bundes-, Landes- und Kreisebene prägen, sind etliche von Anfang an dabei – und haben auch das verflixte siebente Jahr mit all seinen Bedrohlichkeiten gemeistert. Die Reifepfung der Partei ist auch ihre eigene.

#### *Zweitens:*

Von einem »Sieg der Reformen« ist nach dem Parteitag in der Öffentlichkeit oft die Rede. Tagespolitisch aufregend ist das vor allem deshalb, weil vor dem Parteitag etliche Stimmen aus SPD- und Grünen-Reihen gerade davon – vom »Sieg der Reformen« – jedes weitere Nachdenken über ein wie auch immer geartetes Zusammenwirken mit der PDS abhängig machen wollten. Die sind nun ein weiteres Mal in Erklärungsnot.

Wer aber sind »die Reformen«? In den neuen PDS-Bundesvorstand sind eine lange Reihe von Frauen und Männern gewählt worden, für die das Wort »Reform« vom Beginn auch ihres persönlichen Engagements im Dezember 1989 an bedeutete, die PDS aus der SED heraus entwickeln zu wollen: Lothar Bisky als wiedergewählter Bundesvorsitzender und Gregor Gysi als nicht wieder zur Wahl in den Vorstand angetretener Vorsitzender der Bundestagsgruppe stehen für diesen Weg ohnehin; nun sind stellvertretende Parteivorsitzende wie bisher Sylvia-Yvonne Kaufmann (siehe oben) und neu gewählt die seit 1990 im Amt befindliche Thüringer Landesvorsitzende Gabi Zimmer; neue Vorstandsmitglieder sind die Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung Christa Luft, die Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt Petra Sitte, die Thüringer Kulturpolitikerin Edda Seifert und der »gorbatschowsche« Theoretiker und Programmierer Dieter Klein; wiedergewählt in den Vorstand wurden die seit Jahr und Tag für die Verbindung zu Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen außerparlamentarischen Gremien und Vereinen ringende Judith Dellheim, der den Reformbegriff provokant und schmerzhaft öffentlich auslotende André Brie, der Verfasser des Antistalinismus-Referats auf dem Sonderparteitag vom Dezember 1989 Michael Schumann und der Mitarbeiter der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Lutz Scherling. Auch Dietmar Bartsch als neuer Bundesgeschäftsführer und Uwe Hobler als neuer Bundesschatzmeister stehen mit ihren Biographien für diesen Reformweg: PDS aus der SED.

Ganz andere Reformansätze verkörpern die wiedergewählte, im vereinigten Deutschland groß gewordene Halina Wawzyniak und die neu gewählten Westdeutschen Pia Maier und Dorothee Menzner. Schon seit 1990 im produktiven Streit mit den aus der DDR gekommenen Reformern schließlich befinden sich die beiden westdeutschen Männer im Vorstand: der wiedergewählte stellvertre-

tende Bundesvorsitzende Wolfgang Gehrcke und der neugewählte, aber über vielfältiges öffentliches Auftreten seit langem die PDS-Politik mitbefördernde Joachim Bischoff.

Läßt man alle diese Namen Revue passieren, kommt man zu einem durchaus beachtlichen Resultat: Noch nie hat in einem Bundesvorstand der PDS die Gruppe der aus der SED gekommenen Reformer so eindeutig die Mehrheit gestellt wie jetzt.

Aber nicht nur dieser Fakt allein ist bemerkenswert. Bemerkenswert ist auch, daß diese Mehrheit in einem langen demokratischen Prozeß zustande gekommen ist. Es gab 1996 genügend Aufregung und Nachdenklichkeit erzeugende Medienvorstöße – von denen das Brie-Sommergewitter nur einer war –, um die Debatte über den Platz der PDS in der Gesellschaft, über Demokratiegewinne und -defizite, Emanzipationschancen und -unmöglichkeiten, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, Regierungsbeteiligung und Radikalopposition zum Gegenstand jeder Delegiertenwahl an der Basis zu machen. Das Mandat für den Vorstand, untermauert durch die klaren Resultate bei der Abstimmung der Leittrträge, ist eindeutig: Die PDS soll eingreifen in die Reform der Gesellschaft, und sie soll sich dabei auch der Form der Regierungsbeteiligung bedienen.

Dieses Mandat folgt einer Grundstimmung, die die in den Jahren seit 1990 in der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition gesammelten Erfahrungen gekoppelt sehen will mit der produktiv aufzuhebenden Erfahrung DDR und der ebenso produktiv aufzuhebenden Erfahrung des außerparlamentarischen oppositionellen Wirkens in der alten BRD. Die Wahl eben dieser Vorstandsmitglieder war ein Ja zu nachvollziehbar gewachsener Kompetenz, ein Ja zu einer unverwechselbar gewordenen PDS-PolitikerInnengeneration, ein Ja zur Hoffnung auf linke Regierungsbündnisse (und auf berechenbare PDS-Positionen dazu). Aber nicht nur das. Sie war auch ein Ja zum fortgesetzten »Linienstreit«. Denn auch die Ablehnung der Regierungsbeteiligung (z.B. Halina Wawzyniak im PDS-Pressedienst Nr. 46 vom 15.11.1996) hat im Vorstand ihren Platz.

#### *Drittens:*

War der Parteitag eine Niederlage der Kommunistischen Plattform? Schwer zu sagen. Eine Niederlage war er auf jeden Fall für den von der Plattform immer wieder unternommenen Versuch, Politikansätze aus rückschauenden Glaubenssätzen zu entwickeln. Es fehlen der Plattform neue Ideen, es fehlt eine Verarbeitung neuer Politikerfahrung. Nun läßt der Parteitag der Plattform keine Illusionen hinsichtlich ihres tatsächlichen Einflusses: Er ist zurückgegangen.

#### *Viertens:*

Dies ist Anlaß zu Nachdenklichkeit. Denn an Schärfe in der Beurteilung der Lage in Deutschland und in Europa hat's der Plattform nie gefehlt.

Aber sie reicht eben nicht aus, diese Schärfe allein, und dies ist Menetekel für die PDS insgesamt. Zu verlockend ist es ja auch

außerhalb allen Plattformdenkens und aller Plattformzugehörigkeit, sich auf den »Wir-haben's-ja-gleich-gewußt-und-immer-vorausgesagt«-Standpunkt zurückzuziehen, wenn der nächste – und in der Tat vorausgesagte! – Einschnitt in den Sozialstaat vollzogen wird.

Aber wieso bleibt diese Voraussage so ungehört? Und der Kampf gegen das Vorausgesagte so schwach? Da blieb auch dieser Parteitag viele Antworten schuldig.

Quälend und langandauernd ist der Lernprozeß, und nur ganz langsam – und über viele Schritte auch theoretischer Selbstverständigung wie etwa die »Crossover«-Konferenz vom Februar 1996 oder die Strategiekonferenz vom November 1996 hinweg – gewinnt die Partei die Fähigkeit, darüber wirklich in eine nachhaltige öffentliche Diskussion zu treten. Schwerin brachte in dieser Hinsicht ein wenig Erfahrungsbericht, aber – erneut – keine auf den Punkt gebrachte Debatte.

Bei »Crossover« im Februar 1996 war die Frage mal so gestellt worden: Wir sind von der Richtigkeit unserer Überlegungen zur Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative so sehr überzeugt, daß wir uns immer wieder wundern, wie wenig überzeugend sie letztendlich sind. Wir sagen, warum – wie wir denken – man links wählen muß. Aber fragen wir oft genug, warum wir für so übergroße Mehrheiten nach wie vor dennoch nicht wählbar sind?

Diese Frage ist vom Parteitag nicht aufgegriffen worden. Das ist problematisch für die Analyse nicht nur des Ist-Standes der Gesellschaft und die Beurteilung der aktuellen Wahlchancen der PDS, sondern auch für die Zukunft der Partei. Denn so übereinstimmend der Parteitag sich in den Leitanträgen und im Ja zu diesem Vorstand gab – zu selten gab es einen Hinweis darauf, daß auf dem jahrelangen Weg zu dieser Übereinstimmung viele Interessenlagen nicht durch Diskussion und Mehrheitsbeschlüsse, sondern ganz einfach durchs Leben auf der Strecke geblieben sind. Ganz knapp – aber vehement – wurde dieses Problem in der Diskussion zu den Daseinsbedingungen der PDS-Mitgliederkategorie »Kleinst- und Kleinunternehmer« deutlich. Die Widersprüche, unter denen ein solcher Kleinst- und Kleinunternehmer produziert, ein paar wenige Arbeitsplätze sichert, sich an Tarifvereinbarungen hält oder nicht und gleichzeitig in der PDS seinen Platz sieht, haben eine Dimension, die mit keinem Beschlußtext zu bewältigen ist. Die es in der PDS aufreißen, dieses Problem, sind noch dabei. Wieviele aber, die diesen Weg zum Kleinstunternehmer gezwungen waren zu gehen, haben weder Zeit noch Kraft, sich überhaupt mit Politik zu befassen? Und gehen linker Politik nicht nur in persona verloren, sondern auch mit ihrem alten und neuen Spezialwissen, ihren neuen, ganz außerhalb aller Parteienstrukturen gewonnen Einsichten in das widerspruchsvolle Funktionieren der in tiefen Umbrüchen befindlichen Produktionsweise?

Geht man weiter in solcher Überlegungsrichtung, stellt man – zum Beispiel – auch fest, daß die oft mit recht beklagte »Besitzstandswahrung« viele Gesichter hat. Und merkt, daß auf dem Parteitag nicht nur die eine oder andere Berufs- oder Beschäftigungsgruppe der Dreißig- bis Fünfzigjährigen, die in ihrer

»Besitzstandswahrung« – in diesem Falle einfach nur: Lebenssicherung – keinen Raum für Politik findet, fehlte. Auch die Jugend kam auf dem Parteitag – erneut – nur in kleiner Menge vor. Und in dieser kleinen Menge auch nur einen kleinen Teil an Meinungs- und Interessenspektrum repräsentierend. Ist es denkbar, daß ein junger Mensch, der den »Transrapid« befürwortet, auf einem PDS-Parteitag eine Chance hat? Und ein anderer, der – das für ihn weithin grenzenlose Europa zu unerhört bereichernden und Lebensmut verschaffenden Reisen, Begegnungen und Studien nutzend – kein Ohr haben will für die düsteren Prognosen, die ihm aus aller Richtung entgegenschlagen, und sich im Ur-Recht auf Optimismus auch einen Teufel um eine Vergangenheit schert, die nicht die seine ist?

#### *Fünftens:*

Das Beste am Schweriner Parteitag ist, daß seine Beschlüsse nicht einengen, sondern ein Weiterdenken und -handeln in vieler Richtung und Form ermöglichen. Genau deshalb war es ein Realismus-Parteitag – denn Offensein für Unbekanntes ist realismusadäquat in einer Zeit, da der Umbruch das Alltägliche, die Konstanz das Besondere geworden ist.

So werden also die PDS-Fraktionäre im Landtag von Sachsen-Anhalt in ihrer Tolerierungspolitik weiter – wie es Petra Sitte formulierte – »aus Scheiße Bonbon« machen; in Mecklenburg-Vorpommern wird die PDS noch direkter auf eine Regierungsbeteiligung steuern; in Sachsen und Thüringen wird dergleichen (noch) nicht auf der Tagesordnung stehen; in Brandenburg wird man weiter und neu mit dem Widerspruch zwischen der Bereitschaft zu einem mit der SPD gemeinsamen Kurs für einen Wechsel in Bonn einerseits und den Praktiken einer selbstherrlichen SPD-Regierung im Lande andererseits leben müssen; in Berlin ist eine Große Koalition endlich aufzubrechen; und in den alten Bundesländern geht der Kampf um wenigstens ein Minimum an Akzeptanz und Echo in die nächste Runde.

Hundert verschiedene Aufgabenstellungen, Lösungsansätze, Realisierungswege: Wie wird man sie in Ruhe und unumgänglicher Gelassenheit so debattieren können, daß aus der Offenheit nicht Beliebigkeit, aus Entschiedenheit nicht Sektierertum wird?

#### *Sechstens:*

Traum eines Zeitschriftenmachers: Ein Diskussionsredner verweist nur kurz auf seine jüngste Veröffentlichung zum Thema, wird von einer Mehrheit darin verstanden und kann nun direkt auf seinen Vorgänger eingehen. Dialog entsteht, der auf Interesse füreinander aufbaut.

Will sagen: Es wird wichtiger werden, daß die Politik-Erfahrungen aller Gliederungen der Partei nachlesbar (und erst dadurch für andere wirklich verarbeitbar) werden. Natürlich ist es sehr vorteilhaft, daß pünktlich zum Parteitag der Kommentar »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus« von André und Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann und Dietmar Wittich erschienen ist. Das wird Debatte und Selbstverständnis erleichtern. Aber hoffent-

lich bleibt das Buch nicht ohne Widerspruch! Und Fortschreibung!

Die Standpunkte der Partei und ihrer PolitikerInnen werden Akzeptanz gewinnen in ihrer historischen Entwicklung und Begreifbarkeit. Das siebente Jahr ist zu Ende gegangen; eine eigenständige PDS-Geschichte ist entstanden. Mit Selbstverständlichkeit haben die Medien berichtet – und keiner der Kommentatoren hat seinen Beitrag mit den Worten begonnen: »Entschuldigen Sie, ich hatte der PDS bereits fünfmal den Untergang prophezeit.«

#### *Siebtens:*

Aber verhüte es die Vernunft, daß der Hilferuf und Aufschrei, der im Antrag der PDS-Bundesfrauenkonferenz auf Beibehaltung der Acht-Jahres-Klausel steckt, ungehört verhallt! Denn dieser Realismus-Konsens des Parteitages, widergespiegelt in den Leitartikeln wie in der Vorstandswahl, geht rasch zu Bruch, wenn er sich nicht ständig selbst in Frage stellt. Und woher sonst soll solche Infragestellung kommen als von neuen Gesichtern in den Vorständen und Parlamentsfraktionen?

Aber – und das wohl haben die Frauen gemeint – : Mit der solide gewachsenen Kompetenz der jetzt dreißig- bis fünfzigjährigen PolitikerInnen wird es für Neueinsteiger nicht leichter, sondern schwerer. Und es braucht die Aufmerksamkeit der »Etablierten«, solchen Neueinstieg bewußt und qualitätsfordernd zu ermutigen. Gewiß: Formale Regelungen verstecken das Problem. Sie verstopfen den kritischen Dialog, blockieren das kritische Wahlverhalten, anstatt beides zu befördern. Aber nachzufragen, wo heraus sie geboren ist, diese Zuflucht in eine Formalregelung, bleibt wohl wichtig.

#### *Achtens:*

Es muß der Linken – so einer der Konsenspunkte bei der »Crossover«-Debatte vom Februar 1996 – um die Wiedergewinnung der Politik zu tun sein. Wiedergewinnung der Politik heißt: Bereitschaft zu übergreifender, nicht nur gruppenbezogener Verantwortung.

Der Schweriner Parteitag hat auf dem Weg dahin ein solides Stück Arbeit geleistet. Das ist viel – und wenig. Wenn die Hoffnung darauf, daß die PDS jene Partei sein könnte, die die Arbeitslosigkeit wirklich abzubauen, den Sozialstaat wirklich wieder zu stärken in der Lage ist, übermächtig wird, wird sich das im Wahlergebnis zeigen. Aber wehe dann, die Hoffnungen bleiben unerfüllt!

So müssen die Hoffnungen also wirklich materiell untermauert werden: solide, nüchtern, luftblasenfrei. Es wird Veränderungen nur geben können, wenn Mehrheiten sie wollen – und zwar auch um den Preis des einen oder anderen Einschnitts in persönliche Besitzstände. Die Bereitschaft zu solcher Veränderung setzt Mithdenken, bewußtes Einbezogenessein und emanzipierte Interessenabwägung voraus. Die Umverteilung von oben nach unten – Christa Luft hat's in ihrem Referat deutlich gemacht – muß, will sie mehrheitsfähig werden, nachvollziehbar durchgerechnet sein.

Und so ist für die PDS abzusehen: Das achte Jahr wird schwerer als das siebente, aber wohl leichter als das neunte. Daß sie's jedoch erlebt, hat sie sich selber eingebrockt. Schwerin wirft Erwartungsschatten voraus.